



**Matthäus Strebl**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied im Ausschuss für Arbeit und  
Soziales

## Pressemitteilung

**„Hartz IV hat die Arbeitslosigkeit gesenkt!“**

**Berlin.**

**Der Dingolfinger-Bundestagsabgeordnete Matthäus Strebl hat am Freitag, den 19.12.2014, eine Rede zum Antrag „gute Arbeit und eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV“ der Fraktion DIE LINKE gehalten und die Forderungen als nicht finanzierbar und vermittelbar zurück gewiesen. Studien haben ergeben, dass durch Hartz IV die Arbeitslosenzahlen erheblich zurückgegangen sind.**

Matthäus Strebl wies daraufhin, dass sich die Große Koalition auch ausführlich mit diesen Themen, insbesondere mit der Langzeitarbeitslosigkeit, befasst. Eine Abschaffung von Hartz IV sei jedoch der falsche Weg.

Die Forderung, die Bedarfsgemeinschaften im Arbeitslosengeld II abzuschaffen, wies Matthäus Strebl zurück. Damit würden die Lebenswirklichkeit ignoriert werden. In jeder durchschnittlichen Familie kann doch von dem wechselseitigen Willen ausgegangen werden, dass jeder füreinander einsteht und Gegenstände des täglichen Lebens teilt. Dies ist in einer Familie, die Arbeitslosengeld II bezieht, nicht anders.

Auch dem Verzicht von Sanktionen steht Matthäus Strebl, der Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales ist, kritisch gegenüber. Bei

Berlin, 22.12.2014

**Matthäus Strebl, MdB**

**Berliner Büro:**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74908

Email : [matthaeus.strebl@bundestag.de](mailto:matthaeus.strebl@bundestag.de)

[www.m-strebl-mdb.de](http://www.m-strebl-mdb.de)



Sanktionen handelt es sich um eine notwendige Konsequenz von Fehlverhalten, von der im Übrigen nur 3 Prozent aller Leistungsbezieher betroffen sind. Matthäus Strebl argumentierte weiter, dass wenn man Sanktionen abschaffen würde, könnte man gleich das bindungslose Grundeinkommen einführen. Das würde aber den Menschen eine falsche Botschaft vermitteln. Es würde den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer suggerieren, wer arbeitet, ist der Dumme. Und den Leistungsbeziehern würde die Politik vermitteln: Deutschland braucht euch eigentlich nicht und wir erwarten nichts mehr von euch. Diese Haltung darf nicht Wirklichkeit werden und die Politik dürfe keinen zurücklassen. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde im Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit abgelehnt.